



*„Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU wiedergewinnen:  
7 Prioritäten der Gruppe Vielfalt Europa“*

*Empfehlungen aus der außerordentlichen Sitzung der Gruppe Vielfalt  
Europa:  
Beitrag zum EWSA-Fahrplan „Von Krakau bis Sibiu und darüber hinaus“*

*20. Juli 2018*

### **Einleitung**

Die Europäische Union muss ihren Markenkern rund um einen alten Traum, eine neue Zukunftsvision und ein neues Narrativ dringend umgestalten. Wir müssen das europäische Versprechen erneuern, das den Bürgerinnen und Bürgern gegeben wurde. Der Beitrag der EU zum Frieden in Europa darf niemals vergessen und auch nicht unterschätzt werden. Nichtsdestoweniger muss jede Generation von Europäerinnen und Europäern ihre eigenen Ziele für die europäische Integration festlegen. Die Zukunftsvision, die Rolle und die Ausrichtung der EU sind für die Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2018 nicht mehr klar ersichtlich. Die Bande zwischen den Menschen und dem Projekt Europa sind lose geworden, und der Traum, dass die Unionsbürgerinnen und -bürger aus eigener Initiative mehr Integration fordern, scheint sehr unrealistisch. Trotzdem kann eine europäische Identität nur im Rahmen eines von unten nach oben gerichteten Ansatzes geschaffen werden – indem der Prozess zum Aufbau dieser Identität angegangen, engagiert vorangetrieben und gestaltet wird. Der EWSA muss maßgeblich zu diesem Prozess beitragen und die Hoffnungen, Ziele, Ängste und Bedürfnisse der Zivilgesellschaft zum Ausdruck bringen. Er muss die Erfolge, die Vorteile und die Errungenschaften der EU kommunizieren und würdigen. Entscheidend ist, dass alle EU-Organe den EWSA auffordern, seine Rolle wahrzunehmen, und ihn mit den hierfür erforderlichen EU-Haushaltsmitteln ausstatten. Denn wie schon die Philosophin Simone Weil sagte: *„Der Dichter bringt das Schöne dadurch hervor, dass er die Aufmerksamkeit auf Wirkliches gerichtet hält“*. Nur eine Europäische Union, die fest in der konkreten Realität einer starken Zivilgesellschaft verankert ist und sich davon leiten lässt, wird die Chance haben, nach Sibiu und darüber hinaus weiterzubestehen. Die Zivilgesellschaft, die an dieser Stelle von der Gruppe Vielfalt Europa des EWSA vertreten wird, fordert einen **New Deal für Europa**, der auf den folgenden sieben Prioritäten fußt:

1. **Die europäischen Werte, die Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit verteidigen.** Es ist zwingend notwendig, dass alle EWSA-Mitglieder, Vertreter der Zivilgesellschaft und Unionsbürgerinnen und -bürger ihre Verantwortung für die Vermittlung und Verteidigung der Werte der EU wahrnehmen. Daher kommt es darauf an, die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, der EU-Grundrechtecharta und des Artikels 2 des EU-Vertrags in den Mittelpunkt der Identität und der Maßnahmen der EU zu stellen. Auf Verstöße sollten die EU-Organe scharf reagieren, und die Grundsätze der liberalen Demokratie müssen aufrechterhalten werden. Außerdem sollten mehr Anstrengungen unternommen werden, um in den Mitgliedstaaten für die europäischen Rechte und Werte zu sensibilisieren, die Einschränkung des bürgerschaftlichen Handlungsspielraums rückgängig zu machen und ein förderliches Umfeld für die Zivilgesellschaft zu schaffen. Ohne ein abgestimmtes Vorgehen einer starken und wirkungsmächtigen Zivilgesellschaft läuft Europa Gefahr, dass der erstarkende Populismus mit seinen simplifizierenden Lösungen für komplexe Herausforderungen die Demokratie ernsthaft aushöhlt. Des Weiteren muss die EU sicherstellen, dass „niemandes Rechte auf der Strecke bleiben“, indem die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten unterzeichnet wird, die Rechte von Minderheiten geschützt werden, das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eingehalten sowie den Rechten von Menschen mit Behinderungen und den Gleichstellungsstrategien bei sämtlichen Aktivitäten des EWSA gebührend Rechnung getragen wird. Ziel ist es, dass sich die Unionsbürgerinnen und -bürger von den Werten und Regeln, die sich die EU selbst gegeben hat, geschützt fühlen.
2. **Die Nachhaltigkeitsziele ins Zentrum der politischen Identität der EU stellen.** Bislang ist es der EU nicht gelungen, ihr Wachstumsmodell ausreichend auf Nachhaltigkeit und die Agenda 2030 auszurichten. Der Wandel hin zu einer ausgewogenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklung, die Gewährleistung der Umweltsicherheit und ein umfassender Ansatz für Nachhaltigkeit sollten für die EU allesamt übergeordnete Prioritäten sein, die in konkrete Maßnahmen, Programme und Fonds umgelegt werden müssen. Durch den Übergang hin zu einer inklusiven, gerechten, widerstandsfähigen, kohlenstoffarmen, auf Zusammenarbeit ausgerichteten und innovationsgestützten Kreislaufwirtschaft wird die EU viel von der Kritik, mit der sie derzeit konfrontiert ist – zu zentralistisch, zu stark von oben herab gesteuert, zu elitär – entkräften können. Indem die europäischen Wachstumsmodelle überdacht, die rein auf das BIP ausgerichteten Ansätze überwunden sowie die Verbraucher und die jungen und älteren Bürgerinnen und Bürger in die Verantwortung genommen werden, könnte es gelingen, wieder ein gewisses Maß an Hoffnung und Vertrauen in die nationalen und europäischen Gremien zu schaffen. Dabei gilt es jedoch, den Bürgerinnen und Bürgern die Nachhaltigkeitsziele als greifbare *Chancen* für ihren Alltag zu vermitteln: für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Entwicklung der Gemeinschaft, für Investitionen in Bildung und Gesundheit, für die ländliche Entwicklung, den Umweltschutz usw. Ob Groß- oder Kleinstadt, ob ländliche Gemeinde – alle müssen sich als Teil dieses neuen nachhaltigen Europas fühlen.
3. **Ein Europa fördern, das seine Bürgerinnen und Bürger unterstützt und schützt.** Das erste der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 – die Beseitigung von Armut – muss ins Zentrum aller Zielsetzungen und Maßnahmen der EU gerückt werden. Die derzeit viel zu hohe Zahl der von Armut, sozialer Ausgrenzung und Ungleichheiten Betroffenen hat dazu geführt, dass die Bürgerinnen und Bürger ihren Glauben an das Ideal eines „Europas des Wohlstands“ und an das europäische Modell der sozialen Marktwirtschaft verloren haben. Außerdem haben die vielfältigen Unsicherheiten, die von den Bürgerinnen und Bürgern derzeit verspürt werden, zu einem gefährlichen Vertrauensverlust und zu Stimmengewinnen für Populisten gesorgt.

Daher kommt es ganz entscheidend darauf an, den Bürgerinnen und Bürgern wieder das Gefühl zu geben, dass die EU sie schützt – etwa durch die wirksame Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte, wobei der EWSA eine Führungsrolle bei der Überwachung ihrer Umsetzung spielen sollte. Auch ein verstärkter Einsatz für die Wahrung der sozialen Rechte und das Wohlergehen der Europäerinnen und Europäer sowie die Unterstützung der verschiedenen Unternehmensformen, insbesondere der Sozialwirtschaft und der neuen Wirtschaftsmodelle, würden den Bürgerinnen und Bürgern vor Augen führen, dass die Union ihre Werte aktiv verteidigt und vielfältige Wirtschaftsmodelle fördert. Dafür braucht es einen EU-Aktionsplan für die Sozialwirtschaft. Darüber hinaus wäre es angezeigt, dass die EU die wirtschaftliche Berichterstattung im Rahmen des Europäischen Semesters durch eine Berichterstattung über den sozialen und ökologischen Fortschritt ergänzt (Erfassung der gesellschaftlichen Auswirkungen).

4. **Eine gemeinsame und gerechte europäische Migrationspolitik schaffen.** Die EU braucht dringend eine neue, gemeinsame Migrationspolitik, die den Grundsätzen des europäischen Zusammenhalts, der Solidarität, der Fairness sowie den Menschenrechten gerecht wird. Die Bewältigung des Zustroms von Migranten und Flüchtlingen sollte nicht alleine den Mitgliedstaaten mit EU-Außengrenzen überlassen werden. Zudem sollte die künftige EU-Migrationspolitik die sozialen Unterschiede in den Aufnahmeländern nicht weiter vertiefen, und die Medien sollten zu einer ausgewogeneren Berichterstattung über die Auswirkungen der Einwanderung in die EU-Mitgliedstaaten ermuntert werden.
5. **Sicherstellen, dass der Binnenmarkt allen Bürgerinnen und Bürgern Vorteile bringt.** Das reibungslose Funktionieren eines EU-Binnenmarkts ohne Verzerrungen sollte zu den wichtigsten kurzfristigen Zielen der EU zählen. Derzeit steht der Binnenmarkt stark in der Kritik: Die Vorwürfe lauten u. a., dass die GAP auf einem veralteten Modell beruht, die EU überreguliert, was zu Effizienzverlusten führt, Branchen gegen ihren Willen reguliert werden sollen, Kleinunternehmen, KMU und sozialwirtschaftliche Unternehmen eine fairere Besteuerung und Wettbewerbsregeln brauchen, die die ländlichen Gebiete fördern, die Bürgerinnen und Bürger durch Unternehmensverlagerungen in Drittstaaten Opfer der Globalisierung werden usw. Auf all diese Bedenken sollte der Reihe nach eingegangen werden, und es sollten umfassende Bemühungen unternommen werden, um die Bürgerinnen und Bürger über die Vorteile des Binnenmarkts für ihren Alltag aufzuklären. Besonders besorgniserregend ist, dass viele Verbraucher glauben, dass die EU-Vorschriften ihnen keinen ausreichenden Schutz bieten. Es bedarf einer gezielten Kommunikation mit Verbraucherorganisationen, um diese Überzeugungen zu ändern, sowie der ausdrücklichen Unterstützung der Zivilgesellschaft für den Kommissionsvorschlag zur Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher. Außerdem sollte der Verbraucherschutz für neue Wirtschaftsmodelle gestärkt werden. Schließlich ist es im Hinblick auf die Digitalisierung und den Wandel der Arbeitswelt, die künftige Demografie Europas sowie zur Bereitstellung der notwendigen sozialen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zwingend erforderlich, dass die EU mehr in FuE investiert und Maßnahmen zur Schaffung eines günstigen Umfelds für soziale/gesellschaftliche Innovationen ergreift, in die die Zivilgesellschaft und die Bürgerinnen und Bürger maßgeblich eingebunden sind.
6. **Wirksame Kommunikation über Europa.** Aus dem Brexit-Referendum und den Stimmengewinnen linker und rechter Populisten in Europa müssen die entsprechenden Schlüsse gezogen werden. Die tatsächlichen *positiven Auswirkungen* der EU-Mitgliedschaft wirksam zu vermitteln sowie Falschmeldungen und Desinformation entgegenzutreten sollte für alle EU-Institutionen, europäischen Gremien und Mitgliedstaaten Priorität und Aufgabe

sein. Der EWSA sollte hierzu beitragen, indem er als Sprachrohr der Bürgerinnen und Bürger und der Zivilgesellschaft auftritt, schwerpunktmäßig die Organisationen seiner Mitglieder über die Vorteile der EU informiert, sich im Vorfeld der Europawahlen aktiv an der Kampagne #ThisTimeImVoting beteiligt und weitere Going-local-Veranstaltungen organisiert. Für jeden Mitgliedstaat sollte der EWSA eine Schlüsselveranstaltung auswählen und jährlich daran teilnehmen, um seine Öffentlichkeitswirkung zu stärken und den Mehrwert der EU zu fördern. Außerdem sollten Bemühungen unternommen werden, den Bürgerinnen und Bürgern das Subsidiaritätsprinzip zu erklären und vor Augen zu führen, dass die EU sowohl die kulturelle Vielfalt als auch die örtlichen Traditionen achtet. Überdies sollte ein leicht verständlicher jährlicher Leitfaden veröffentlicht werden, dem die Bürgerinnen und Bürger und die Organisationen der Zivilgesellschaft die neuesten Informationen zur Umsetzung der Agenda 2030 und zur Wahrung der Werte und Grundrechte der EU entnehmen können. Zudem könnten positive Beiträge zur EU, wie z. B. das Projekt „Friedensbrot“, auf andere Mitgliedstaaten ausgeweitet werden. Gleichzeitig kommt es darauf an, gemeinsam mit anderen EU-Institutionen der Desinformation von Unionsbürgerinnen und -bürgern durch Akteure aus Drittstaaten entgegenzuwirken.

7. **Den Unionsbürgerinnen und -bürgern aktiv zuhören.** Die EU tut nach wie vor nicht genug, um die „normalen“ Bürger zu erreichen. Sie muss aktiv zuhören und sich auf einen Dialog einlassen, anstatt nur zu den Menschen zu sprechen. Sie muss in ihren Maßnahmen *stärker Vorschläge aus der Bevölkerung, den Gemeinschaften und der Zivilgesellschaft aufgreifen*, diese motivieren, sich einzubringen, dazu beitragen, dass sie sich nicht den Populisten zuwenden und die Bürgerbeteiligung an der Basis fördern. Außerdem muss sie ihren Dialog dezentral führen, sodass sich in den Kommunen, Städten und Regionen eine gemeinsame europäische Zukunftsvision und Identität herausbilden kann. Auch sollte der EWSA die Umsetzung der EU-Maßnahmen in den Mitgliedstaaten regelmäßig bewerten, um den Bürgerinnen und Bürgern konkrete Antworten auf die Frage nach den Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf ihren Alltag geben zu können. Zudem müssen regelmäßig unabhängige Bewertungen durch Unionsbürgerinnen und -bürger sowie Konsultationen der Zivilgesellschaft durchgeführt werden, bei denen der EWSA eine Führungsrolle spielen sollte. Nicht zuletzt muss die Schlüsselrolle, die den Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Schließung der Kluft, die zwischen der EU und ihren Bürgerinnen und Bürgern klafft, von dieser stärker anerkannt und unterstützt werden.